

Zusätzliche Stellen stärken Verwaltung

Martin Himmelheber (him)



An die 30 Prozent der laufenden Ausgaben der Stadt Schramberg gehen für Löhne und Gehälter drauf: Knapp 19 Millionen Euro des Ergebnishaushaltes in Höhe von 62 Millionen. Im Vergleich zum Jahr 2020

erhöhen sich die Personalaufgaben um gut 600.000 Euro. Bei den Haushaltsberatungen hat Personalchefin Ute Vogel dem Rat die Zahlen vorgestellt und erläutert, welche neuen Stellen die Stadt braucht.

Ein Grund für die Mehrausgaben seien Tariferhöhungen um 1,4 Prozent. Im Bereich der Kindertagesstätten und der Ganztagsbetreuung an Grundschulen brauche die Stadt mehr Personal, um die coronabedingten Zusatzarbeiten abdecken zu können. Dafür sind gut 95.000 Euro verplant.

Mehr Stellen in der Verwaltung

Im „Kernbereich der Verwaltung“ kommen ebenfalls mehrere Stellen hinzu. Diese werden pro Jahr 323.000 Euro kosten. So wird die Stadt im Fachbereich 1 eine neue Stelle einrichten. Diese soll zentral für den Einkauf zuständig werden und so die IT-Abteilung entlasten. Dort war bisher der Einkauf angesiedelt. Die neue StelleninhaberIn solle sich aber auch um den Bereich Arbeitssicherheit kümmern, so Vogel. Das werde sie als Abteilungsleiterin entlasten. Vogel hat darauf hingewiesen, dass die Zahl der Beschäftigten bei der Stadt in den vergangenen acht Jahren von 533 auf 614 gestiegen sei.

Der Fachbereich 2 Recht und Ordnung erhält insgesamt zwei zusätzliche Stellen: Eine volle Stelle ist für den Gemeindevollzugsdienst vorgesehen, um verstärkt in der Stadt und den Ortsteilen präsent sein zu können. Eine halbe Stelle erhält die Bußgeldstelle zusätzlich, um die künftig zu erwartenden Bußgeldbescheide für die mobile und stationäre Tempomessanlage zu bearbeiten. Beim Baurecht wird die Stadt ebenfalls eine neue halbe Stelle ansiedeln, um die Baurechtsverwaltung auf die elektronischen Baurechtsverfahren vorzubereiten.

Baubereich wird gestärkt

Im Fachbereich 4 Umwelt und Technik sollen ein weiterer Stadtplaner und ein Hochbautechniker hinzu kommen. Der Stadtplaner solle helfen, die Bebauungsplanverfahren zu beschleunigen, der Hochbautechniker sich auch um den Klimaschutz kümmern.

Nicht berücksichtigen will die Verwaltung den Wunsch des Ortschaftsrats Waldmössingen, die bisherige 70-Prozent-Ortsvorsteherstelle auf 100 Prozent zu erhöhen. Die Stadt habe die Stelle mit 70 Prozent ausgeschrieben. Es gebe dafür bereits eine Bewerbung, so Oberbürgermeisterin Eisenlohr, für die die 70-Prozentstelle in Ordnung wäre.

Nicht unter Personalkosten führe man übrigens den ehrenamtlichen Ortsvorsteher von Tennenbronn. Seine ehrenamtliche Entschädigung fällt haushaltstechnisch unter „Sachkosten“, erläutert Vogel.

Ohne weitere Diskussion hat der Rat einstimmig den Personalhaushalt mit den zusätzlichen Stellen beschlossen. Dafür bedankte sich Eisenlohr beim Gemeinderat: „Das ist ein schönes Signal, das uns den Rücken stärkt.“

